

Trump geht ins Geld

Bevölkerung der USA ächzt unter stark gestiegenen Preisen, insbesondere an der Zapfsäule. Zustimmung zur Politik des Präsidenten sinkt

Von Lars Pieck

Die Inflation in den USA ist im April so stark gestiegen wie seit drei Jahren nicht mehr. Hauptursache waren höhere Energiepreise infolge des völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Iran. Laut dem Preisindex für private Konsumausgaben verteuerten sich die Lebenshaltungskosten für US-Verbraucher deutlich. Der PCE-Index legte in den zwölf Monaten bis April um 3,8 Prozent zu, nach 3,5 Prozent im März, und erreichte damit den höchsten Stand seit Mai 2023. Besonders stark stiegen die Energiekosten, doch auch in anderen Ausgabebereichen zogen die Preise an.

Der anhaltende Preisdruck belastet die Haushaltseinkommen und dürfte sowohl den Konsum als auch das Wirtschaftswachstum weiter bremsen. Nach Angaben des Handelsministeriums sank das inflationsbereinigte verfügbare Einkommen im April bereits den dritten Monat in Folge, während die Sparquote auf den niedrigsten Stand seit vier Jahren fiel. Die Einkommen stagnierten weitgehend, die Löhne stiegen lediglich um 0,2 Prozent. Real betrachtet ging das verfügbare Einkommen im Monatsvergleich um 0,5 Prozent und im Jahresvergleich um 1,1 Prozent zurück, der stärkste Rückgang seit November 2022.

Vor dem Hintergrund der stark steigenden Lebenshaltungskosten wächst die Unzufriedenheit der US-Verbraucher mit der Wirtschaftspolitik von Präsident Donald Trump. Eine Umfrage aus der vorigen Woche von *Reuters* zeigt, dass seine Zustimmungswerte auf nahezu den niedrigsten Stand seit seiner Rückkehr ins Weiße Haus Anfang 2025 gefallen sind, insbesondere aufgrund nachlassender Unterstützung innerhalb der Republikanischen Partei. Auch eine neue Umfrage im Auftrag von *The Economist*, sah die Zustimmungswerte für Trump bei lediglich 34 Prozent. Trump war 2024 vor allem mit dem Versprechen gewählt worden, die Inflation zu senken. Die steigenden Kosten für Benzin und andere Güter könnten nun die Wahlchancen seiner Partei bei den Zwischenwahlen im November belasten. Gleichzeitig erklärte Trump am Mittwoch, er sei nicht besorgt über mögliche politische Folgen eines anhaltenden Konflikts mit dem Iran.

Trotz eines weiterhin stabilen Arbeitsmarkts entwickelte sich die US-Wirtschaft zudem schwächer als erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal auf annualisierter Basis nur um 1,6 Prozent. Das Handelsministerium korrigierte seine frühere Schätzung von 2,0 Prozent nach unten und verwies dabei auf geringere Investitionen sowie schwächere Konsumausgaben.

Insbesondere die Sperrung der Straße von Hormus ließ die Energiepreise deutlich steigen, belastete globale Lieferketten und führte zu Engpässen bei zahlreichen Gütern wie Düngemitteln, Aluminium und Konsumwaren. Laut der US-Energieinformationsbehörde stieg der landesweite Durchschnittspreis für Benzin im April um 12,3 Prozent. Seit Beginn des Krieges Ende Februar wurden die Benzinpreise damit um mehr als 50 Prozent erhöht.

Auch andere Waren und Dienstleistungen wurden teurer. Die Inflation war bereits vor dem Krieg erhöht, hauptsächlich infolge von Trumps umfassenden Importzöllen, deren Auswirkungen weiterhin an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Warenpreise stiegen im April um 0,7 Prozent, während sich Benzin und andere Energieprodukte um 5,5 Prozent verteuerten. Die Lebensmittelpreise legten um 0,5 Prozent zu. Freizeitartikel und Fahrzeuge wurden im April um 1,6 Prozent teurer, Kleidung und Schuhe um 0,4. Dagegen sanken die Preise für Einrichtungsgegenstände und langlebige Haushaltsgeräte bereits den zweiten Monat in Folge. Auch Dienstleistungen verteuerten sich, darunter Wohnen und Versorgungsleistungen, Transportdienstleistungen sowie Gastronomie und Beherbergung. Die steigenden Preise führten gleichzeitig zu höheren Konsumausgaben. Diese legten im April um 0,5 Prozent zu, nachdem sie im März noch um 1,0 Prozent gestiegen waren. Vor allem Ausgaben für Benzin und andere Energieprodukte trugen zu diesem Anstieg bei. Ohne die volatilen Komponenten Lebensmittel und Energie stieg der Kern-PCE-Preisindex im Jahresvergleich auf 3,3 Prozent, nach 3,2 im März, und erreichte damit den höchsten Stand seit November 2023. Im Monatsvergleich erhöhte sich die Kerninflation im April um 0,2 Prozent, nach 0,3 im Vormonat.

Die US-Notenbank Federal Reserve orientiert sich bei ihrem Inflationsziel von 2,0 Prozent an den PCE-Daten. Vor diesem Hintergrund sehen Ökonomen ein weiteres Zeichen dafür, dass die Zentralbank die Zinsen voraussichtlich bis weit ins nächste Jahr hinein unverändert lassen wird. Damit dürfte auch Trumps Forderung nach einer deutlichen Leitzinssenkung unbeantwortet bleiben. An den Finanzmärkten wird zudem erwartet, dass der Leitzins bis 2027 im Bereich von 3,50 bis 3,75 Prozent bleibt. Das jüngste Fed-Protokoll von Ende April deutet außerdem darauf hin, dass eine wachsende Zahl von Entscheidungsträgern sogar weitere Zinserhöhungen für möglich hält.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523415.hohe-inflation-in-usa-trump-geht-ins-geld.html>